

# Drei vor, zwei zurück

**Bildungsreformen.** Seit dem PISA-Schock 2001 hat sich im deutschen Bildungssystem viel bewegt. Zurzeit wird allerdings so manche Reform wieder zurückgedreht. Die Studiengebühren, die im vergangenen Jahrzehnt eingeführt worden waren, sind bereits Geschichte.

Seit über zehn Jahren wird das Bildungssystem reformiert – mit teils erfreulichen Resultaten, wie die jüngsten PISA-Ergebnisse gezeigt haben (vgl. iwd 50/2013). So ist beispielsweise der Anteil der Risikoschüler in Deutschland stark zurückgegangen. Und auch in vielen anderen Punkten hat die deutsche Bildungspolitik Fortschritte erzielt:

- Die **öffentlichen Ausgaben für die Bildung** junger Menschen sind seit

dem Jahr 1975 deutlich gestiegen, besonders stark war die Zunahme im vergangenen Jahrzehnt:

**Im Jahr 2010 betragen die Bildungsausgaben in Deutschland für einen unter 30-Jährigen 3.372 Euro – fünf Jahre zuvor waren es real gerechnet nahezu 15 Prozent weniger.**

- Die **Betreuungsbedingungen** an den Schulen haben sich ebenfalls verbessert. Während sich ein Grundschullehrer im Jahr 2000 rein rech-

nerisch noch um 20,6 Schüler kümmern musste, betreute er 2011 im Schnitt nur noch 17 Schüler.

- Nachhaltig verändert hat sich auch die Infrastruktur für die Schüler – nämlich durch die Einführung von **Ganztagschulen**, die individueller auf jeden Schüler eingehen können (Grafik):

**Der Anteil der Grundschüler, die eine Ganztagschule besuchen, ist zwischen 2002 und 2012 von 4 Prozent auf mehr als 28 Prozent gestiegen.**

- Weil immer **weniger Lehrer frühzeitig in Pension** gehen, fallen weniger Kosten an. Im Jahr 2000 schie-



## Inhalt

**EU-Osterweiterung.** Die Aufnahme von acht Ländern in die Union 2004 hatte überschaubare Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Seite 3

**Erdgas.** Fast ein Viertel des deutschen Energiebedarfs wird durch Erdgas gedeckt. Auch die Energiewende wird nicht ohne das Naturgas auskommen. Seite 4-5

**Bildung.** Firmen, die Studenten auf mehrere unterschiedliche Arten fördern, sichern sich schon früh potenzielle Fachkräfte. Seite 6

**Einstiegsgehälter.** Die Gewerkschaften wollen für untere Entgeltgruppen überdurchschnittliche Lohnsteigerungen durchsetzen – aufgrund des geplanten Mindestlohns. Seite 7

**Braindrain.** Viele Hochqualifizierte wandern aus – aber es kommen auch immer mehr gut ausgebildete Ausländer nach Deutschland. Seite 8

→ Lehrkräfte, die in den Ruhestand wechselten, wegen Dienstunfähigkeit aus. Auch aufgrund der Pensionsabschläge, die 2001 eingeführt wurden, ging der Anteil der frühzeitigen Pensionierungen bis 2011 auf 18,9 Prozent zurück.

- Gesunken ist auch die Zahl der **Sitzenbleiber**: Im Jahr 2000 wiederholten noch fast 2 Prozent der Grundschüler eine Klasse, 2012 waren es nur noch 0,5 Prozent.

Doch auch an den deutschen Hochschulen hat sich einiges getan:

- Die Zahl der **MINT-Absolventen** steigt: Über einen Abschluss in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik verfügten 2012 rund 35 Prozent der Hochschulabsolventen in Deutschland –

das sind bei insgesamt steigenden Absolventenzahlen 2,4 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2000.

- Immer mehr Ausländer wandern als Studenten nach Deutschland ein und tragen so zur Fachkräftesicherung bei: Der Anteil der **Bildungsausländer** an den Studenten ist zwischen den Wintersemestern 2000/01 und 2012/13 von insgesamt 7,3 auf 8,5 Prozent gestiegen.

- Deutsche Hochschulen finanzieren ihre Forschung zunehmend über **Drittmittel**. Gerade einmal 10 Prozent der gesamten Hochschulausgaben kamen im Jahr 2000 über Drittmittel herein, 2011 waren es nahezu 15 Prozent.

Es gibt jedoch auch Rückschritte in der Bildungspolitik:

**Die Abschaffung der Studiengebühren – derzeit zahlen lediglich Studenten in Niedersachsen noch eine Campusmaut – ist kontraproduktiv.**

Effizienter und gerechter wäre es, Steuergelder in die frühkindliche Bildung zu investieren, sodass alle Kinder von den Angeboten profitieren und nicht nur ein Teil einer Generation wie bei den Studenten.

Problematisch ist auch die Einschränkung der Hochschulautonomie, wie sie in Nordrhein-Westfalen angedacht ist. Die Landesregierung will Unis künftig dazu verpflichten, detailliert Auskunft über alle durch Drittmittel finanzierten Forschungsprojekte zu geben. Das gefährdet den Innovationsstandort NRW, denn Firmen dürften Forschungs Kooperationen in Zukunft vermehrt mit Hochschulen in Bundesländern abschließen, die keine Veröffentlichungspflicht vorschreiben.

Bildungspolitisch fatal wäre auch die Rückkehr zur neunjährigen Gymnasialzeit (G9). Obwohl die ostdeutschen Flächenländer zeigen, dass der G8-Unterricht zu guten Ergebnissen bei Schulvergleichstests führt, sind einige westdeutsche Bundesländer eingeknickt und bieten eine Wahlfreiheit an (Tableau).

**Um der verkürzten Schulzeit zum Durchbruch zu verhelfen, sollte die Fülle des Lehrstoffs reduziert und der Ganztagsunterricht systematisch angeboten werden.**

Schlecht vorbereitet sind die meisten Schulen auch auf die Inklusion – den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülern. Um diese Aufgabe zu bewältigen, müssen Lehrer fortgebildet, Lehrertandems ermöglicht und eine angemessene sozialpädagogische Betreuung an den Schulen sichergestellt werden.

## G8: Kaum eingeführt, schon aufgeweicht

Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein führten 2008/2009 als letzte Bundesländer die verkürzte Gymnasialzeit ein. In einigen Bundesländern haben Schüler mittlerweile aber die Wahl, ob sie ihr Abitur in acht oder in neun Jahren erreichen wollen.

	Einführung	Entwicklung
<b>Baden-Württemberg</b>	2004	Seit 2012: 44 Schulen, die das G9-Modell anbieten
<b>Bayern</b>	2004	2014: Antrag auf Volksbegehren eingereicht; Forderung: Wahlfreiheit zwischen G8/G9
<b>Berlin</b>	2006/2007	Flächendeckend G8
<b>Brandenburg</b>	2006	Flächendeckend G8
<b>Bremen</b>	2004/2005	Flächendeckend G8
<b>Hamburg</b>	2002/2003	2014: Volksinitiative, die eine Wahlfreiheit zwischen G8/G9 an Gymnasien fordert
<b>Hessen</b>	2005	2014: Änderung des Schulgesetzes geplant; Wahlfreiheit zwischen G8/G9
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	2002	Flächendeckend G8
<b>Niedersachsen</b>	2004	Ab Sommer 2015: Wahlfreiheit zwischen G8/G9
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	2005/2006	2011: Modellversuch mit 13 Gymnasien, die das G9-Modell wieder aufgenommen haben; Laufzeit 2011/12 bis 2023/24
<b>Rheinland-Pfalz</b>	2008/2009	Regelzeit: 12,5 Jahre; G8 wurde nur an einzelnen Ganztagsgymnasien eingeführt
<b>Saarland</b>	2001/2002	Flächendeckend G8
<b>Sachsen</b>	1949	Auch nach der Wiedervereinigung wurde am G8-Modell festgehalten
<b>Sachsen-Anhalt</b>	2003	Flächendeckend G8
<b>Schleswig-Holstein</b>	2008/2009	Ab 1. 8. 2014: Neues Schulgesetz – 11 Gymnasien bieten G9 an, 4 bieten die Wahlfreiheit zwischen G8/G9
<b>Thüringen</b>	1949	Auch nach der Wiedervereinigung wurde am G8-Modell festgehalten

Quelle: IW-Zusammenstellung

# Viele Sorgen sind passé

**EU-Osterweiterung.** Die Aufnahme von acht mittel- und osteuropäischen Ländern – plus Malta und Zypern – in die Europäische Union 2004 sahen viele Unternehmen in Deutschland eher skeptisch. Sie rechneten unter anderem mit einem höheren Konkurrenzdruck. Eine aktuelle IW-Umfrage zeigt aber, dass die Auswirkungen der Erweiterung auf die deutsche Wirtschaft überschaubar geblieben sind.

Am 1. Mai 2004 bekam die europäische Staatenfamilie so viel Zuwachs wie nie zuvor (vgl. iwD 15/2014). Auch wenn die neuen Mitglieder offiziell herzlich begrüßt wurden, so waren doch in den bisherigen EU-Staaten auch pessimistische Stimmen zu hören. Die Sorgen galten vor allem der Wirtschaft, schließlich bedeutete der vergrößerte Binnenmarkt auch mehr Wettbewerb.

Viele Unternehmen in Deutschland zählten damals ebenfalls zu den Skeptikern, wie die IW-Konjunkturumfrage vom Frühjahr 2004 belegt. In deren Rahmen sollten sich die Firmen zu möglichen Auswirkungen der EU-Beitritte äußern – wobei Malta und Zypern unberücksichtigt blieben. Und das kam heraus:

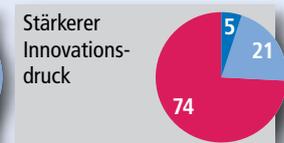
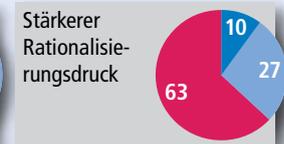
**Knapp ein Drittel der deutschen Unternehmen befürchtete vor zehn Jahren, dass der Konkurrenzdruck durch die EU-Osterweiterung deutlich zunehmen würde.**

Die Firmen gingen zum einen von mehr Importen aus den mittel- und osteuropäischen Ländern aus, zum anderen von Verdrängungseffekten durch von dort stammende Betriebe, die ihre Leistungen in Deutschland erbringen würden – etwa Baufirmen.

## EU-Osterweiterung: Geringer Einfluss auf die deutsche Wirtschaft

So viel Prozent der Unternehmen beantworteten im Frühjahr 2014 die Frage nach den Auswirkungen der EU-Osterweiterung vor zehn Jahren wie folgt

■ In hohem Maße ■ In geringem Maße ■ Nein



Auswirkungen beziehen sich auf den EU-Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien am 1. Mai 2004. Der Beitritt von Malta und Zypern wurde nicht berücksichtigt. Quelle: IW-Befragung von 2.425 Unternehmen in Westdeutschland und 589 Unternehmen in Ostdeutschland im März/April 2014

Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
© 2014 IW Medien - wvd 17

Ein weiteres Drittel der Befragten rechnete mit geringen Wettbewerbs-effekten infolge der vergrößerten EU, die übrigen Unternehmen erwarteten keine Veränderung.

Schon ein Jahr später hatten sich viele Sorgen offenbar zerstreut. Als das IW Köln in seiner Frühjahrsumfrage 2005 nach einer ersten Bilanz der EU-Osterweiterung fragte, gaben zum Beispiel nur 16 Prozent der Unternehmen an, durch Importe aus Mittel- und Osteuropa in erheblichem Maße unter Druck geraten zu sein. Mehr als die Hälfte der Firmen konnte keine entsprechenden Auswirkungen feststellen.

Inzwischen sind zehn Jahre seit der Osterweiterung der EU vergangen – Anlass für das IW Köln, die Betriebe in Deutschland nochmals um eine Bilanz zu bitten. Das Ergebnis (Grafik):

**Von den im Frühjahr 2014 befragten Unternehmen gab nur rund jedes zehnte an, durch in Deutschland**

**tätige Firmen aus Mittel- und Osteuropa oder durch Importe aus diesen Ländern stark unter Druck geraten zu sein.**

Fast zwei Drittel der Befragten verneinten dagegen die Frage nach solchen Auswirkungen. Auch andere frühere Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet.

Beim Blick auf einzelne Wirtschaftssektoren zeigt sich, dass die Industrie und das Baugewerbe insgesamt stärker von der EU-Erweiterung beeinflusst worden sind als die Dienstleister. Immerhin 44 Prozent der Industriefirmen berichten von einem geringfügig oder sogar deutlich höheren Rationalisierungsdruck. Und 54 Prozent der Bauunternehmen sagen, Firmen aus Mittel- und Osteuropa würden ihnen hierzulande etwas oder sogar erheblich mehr Konkurrenz machen.

Vgl. IW policy papers 7/2014, [iwkoeln.de/osterweiterung](http://iwkoeln.de/osterweiterung)

# Energiequelle Erdgas

Fast ein Viertel des deutschen Endenergiebedarfs wird derzeit durch Erdgas gedeckt – zum größten Teil wird es zur Erzeugung von Wärme benötigt. Aber auch die Energiewende in Deutschland kommt wohl kaum ohne diesen Energieträger aus; schnell hochzufahrende Gaskraftwerke sollen Strom liefern, wenn der Wind einmal nicht pustet.

Dabei kommt immer weniger Erdgas aus heimischen Quellen – im Jahr 2003 steuerten deutsche Erdgasfelder noch ein knappes Fünftel zum Verbrauch bei, 2013 waren es lediglich 10 Prozent.

Doch auch die Förderung in Deutschland ist eine internationale Angelegenheit. Der größte Anteil wird

hierzulande unter Betriebsführung der EMPG gefördert, einem Ableger des US-Konzerns Exxon Mobile. Die RWE Dea, die jüngst an eine russische Investorengruppe ging, beaufsichtigt beinahe 25 Prozent der deutschen Erdgasförderung.

Dabei liegt die deutsche Importabhängigkeit in der Natur der Sache. Die Erdgasförderung hierzulande ist seit 2008 um mehr als ein Drittel zurückgegangen. Nach Japan ist die Bundesrepublik der zweitgrößte Erdgasimporteur – vor den USA, Italien und Großbritannien.

Immer mehr Erdgas liefert Russland – sein Marktanteil beträgt 38 Prozent gegenüber 32 Prozent vor

## Knapp ein Viertel Erdgas

So viel Prozent des Endenergiebedarfs wurden 2012 in Deutschland durch Erdgas gedeckt

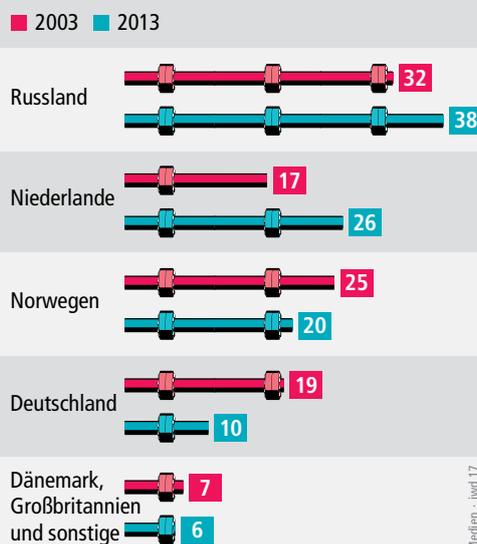


Endenergiebedarf: nach Energiewandlungs- und Übertragungsverlusten; insgesamt und Industrie: einschließlich Erdölgas und Grubengas; Verkehr: zusätzlich sonstige Gase; vorläufige Angaben; Quelle: AG Energiebilanzen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
© 2014 IW Medien iw-d 17

## Die Lieferanten

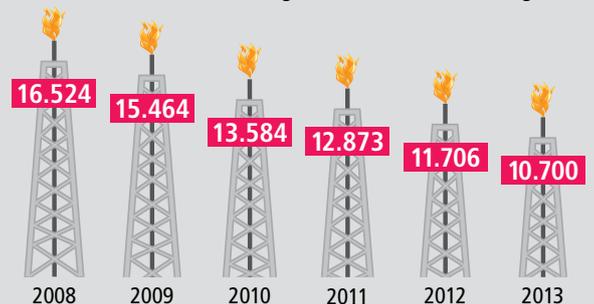
So viel Prozent des in Deutschland verbrauchten Erdgases kamen aus diesen Ländern



2013: vorläufige Zahlen; Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft  
© 2014 IW Medien - iw-d 17

## Heimische Quellen weniger ergiebig

So viele Millionen Kubikmeter Erdgas wurden in Deutschland gefördert



Quelle: Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Niedersachsen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
© 2014 IW Medien iw-d 17

zehn Jahren. Aus den Niederlanden, Norwegen, Dänemark und Großbritannien kommen ebenfalls erhebliche Mengen. Allerdings rechnen auch die europäischen Nachbarn mit einem Rückgang der Förderung. Die verbleibenden Erdgasressourcen und -reserven liegen demzufolge woanders – vornehmlich in Russland, China und den USA.

Weil Erdgas meist per Pipeline nach Deutschland kommt, steht zudem nicht jedes beliebige Land als Bezugsquelle zur Verfügung. Gas für den Transport per Schiff zu verflüssigen, ist vergleichsweise teuer und benötigt außerdem eine entsprechende Infrastruktur – etwa ein ausgeweitetes oder angepasstes Pipeline-

Netzwerk. Die Bedeutung des Liquefied Natural Gas (LNG) dürfte dennoch wachsen und auch für Europa die Abhängigkeit vom russischen Erdgas mindern.

Schiefergas hat in den USA zu einem neuen Energieboom beigetragen. In Europa ist eine solche Entwicklung aber in den kommenden Jahren nicht zu erwarten. Zwar gibt es auch auf dem alten Kontinent erhebliche Vorkommen von sogenanntem unkonventionellen Gas. Die Förderung unterliegt jedoch geografisch als auch rechtlich anderen Bedingungen als in Amerika. In Deutschland herrscht sogar faktisch ein Fracking-Verbot – nicht zuletzt wegen der Proteste gegen diese Fördertechnologie.

## Größte Reserven in Russland

So viele Milliarden Kubikmeter Erdgas liegen noch unter der Erde (Länderauswahl)

	Reserven			Ressourcen		
	konventionell	Schiefergas	Sonstige	konventionell	Schiefergas	Sonstige
Welt	190.627	3.728	1.818	309.979	205.374	113.493
Europa	4.259	–	–	5.224	14.044	1.737
<b>Deutschland</b>	123	–	–	20	1.300	550
Russland	45.955	–	45	100.000	9.500	32.550
China	3.025	–	71	21.000	25.080	22.900
USA	4.291	3.728	476	25.000	15.380	13.470
Saudi-Arabien	8.151	–	–	19.000	5.664	–

Reserven sind nachgewiesene, zu heutigen Preisen und mit heutiger Technik wirtschaftlich gewinnbare Energierohstoffmengen; Ressourcen sind entweder nachgewiesene, aber derzeit technisch/wirtschaftlich nicht gewinnbare Vorkommen oder nicht nachgewiesene, aber gewinnbare Vorkommen; sonstige Reserven: in Kohlen enthaltenes Gas; sonstige Ressourcen: zusätzlich Erdgas aus dichten Sandsteinen und Karbonaten; Quelle: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

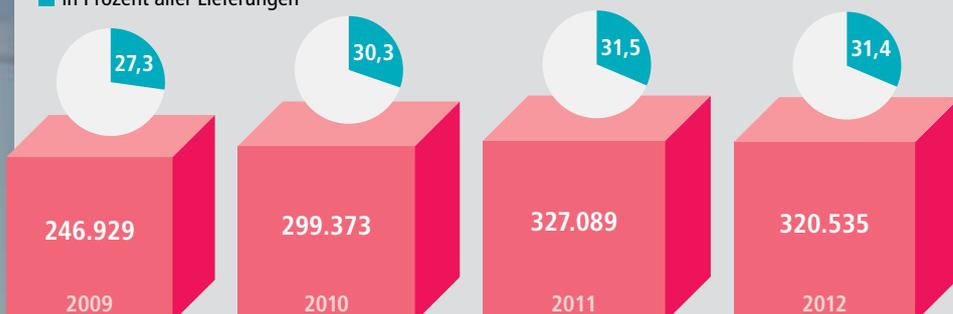
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 17

## Alternative Flüssiggas

So viele Millionen Kubikmeter Erdgas wurden weltweit in flüssiger Form geliefert

■ in Prozent aller Lieferungen



Quellen: Internationale Energieagentur, IW Köln

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 17

© Foto: sss78 - Fotolia.com

# Verschieden fördern

**Bildung.** Unternehmen investieren in die akademische Bildung vor allem, um zukünftige Fachkräfte zu gewinnen. Besonders erfolgreich sind dabei solche Firmen, die Studenten gleich auf unterschiedliche Arten unterstützen. 

Stipendien, duale Studienplätze, Praktikumsangebote oder berufsbegleitende Studienmöglichkeiten – rund 2,5 Milliarden Euro gaben die Unternehmen in Deutschland im Jahr 2012 insgesamt für die akademische Bildung aus. Den Großteil investierten die Firmen mit nahezu 2 Milliarden Euro in die Studenten selbst, ein Fünftel der Mittel ging direkt an die Hochschulen, in Form von Geld- und Sachspenden, Sponsoring und zur Finanzierung von Stiftungsprofessuren.

Die Unternehmen wollen auf diesen Wegen frühzeitig potenzielle Mitarbeiter finden und Kontakt zu ihnen aufnehmen. Dies geht aus einer gemeinsamen Studie des IW Köln und des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft in Zusammenarbeit mit der IW Consult hervor, die dafür 1.310 Unternehmen mit jeweils mehr als 49 Beschäftigten befragten.

Demnach streben fast 90 Prozent der Firmen, die in die akademische Bildung investieren, in erster Linie an, neue Fachkräfte zu rekrutieren. Knapp 80 Prozent wollen spezielle Fachrichtungen sowie das praxisorientierte Lernen stärken, das Wissen ihrer Mitarbeiter auffrischen und Leistungsträger in den Betrieben fördern.

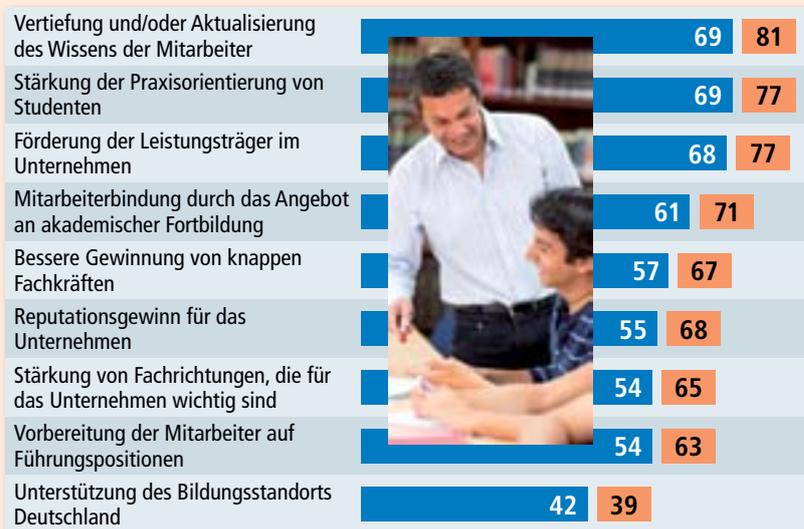
**Für nahezu 75 Prozent der befragten Unternehmen ist es wichtig,**

## Firmen unterstützen den akademischen Nachwuchs

Unternehmen fördern Studenten zum Beispiel dadurch, dass sie duale Studienplätze, Praktikumsplätze, Stipendien oder berufsbegleitende Studienmöglichkeiten bieten.

So viel Prozent der Unternehmen, die in akademische Bildung investieren, konnten damit diesen Nutzen in (eher) hohem Maße erzielen

■ Alle Unternehmen ■ Unternehmen, die Studenten auf mehr als drei Arten fördern



Befragung von 1.310 Unternehmen mit mehr als 49 Mitarbeitern im Frühjahr 2013  
 Ursprungsdaten: IW Köln/IW Consult, Stifterverband

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwkd 17 - Foto: Andres Rodriguez - Fotolia.com

### Mitarbeiter durch akademische Fortbildungsangebote an sich zu binden oder sie auf Führungspositionen vorzubereiten.

Aber auch die Reputation als Förderer von Hochschulen und Studenten ist für viele Firmen Grund genug, in die akademische Bildung zu investieren.

Der Nutzen ist besonders groß für Unternehmen, die auf mehreren Gebieten aktiv sind – indem sie beispielsweise duale Studienangebote und berufsbegleitendes Studieren ebenso fördern wie Praktikumsplätze und Stipendien (Grafik).

Am häufigsten sehen Firmen ihre Erwartungen als erfüllt an, die das Wissen ihrer Mitarbeiter vertiefen wollen und denen an einer besseren Praxisorientierung der Studenten gelegen ist. Im Durchschnitt sehen hierin sieben von zehn Firmen einen Nutzen, bei den besonders aktiven Förderern sind es sogar acht von zehn Unternehmen.

### Zu den Multi-Förderern zählen vor allem große Unternehmen, die mehr als 249 Mitarbeiter beschäftigen.

Auch Firmen, deren Belegschaft zu einem Viertel oder mehr aus Hochschulabsolventen besteht, sind besonders aktiv und fördern häufiger – ebenso wie Unternehmen, die selbst forschen und entwickeln.

Eines haben alle befragten Firmen gemeinsam: Sie wollen weiterhin in die akademische Bildung investieren. Ein Drittel der Unternehmen plant in den kommenden zwei Jahren, mehr Geld als bisher in diesen Bildungszweig zu stecken. Knapp zwei Drittel wollen ihre Investitionen auf dem gleichen Level halten.



aus IW-Trends  
1/2014

Christiane Konegen-Grenier,  
 Thorsten Lang, Beate Placke, Mathias Winde:  
 Nutzen der Unternehmen aus ihren Investitionen in akademische Bildung  
[iwkoeln.de/akademische-bildung](http://iwkoeln.de/akademische-bildung)

# Einfache Arbeit wird deutlich teurer

**Tarifliche Einstiegslohne.** Am Bau, in der Industrie oder bei den Banken sind die tariflichen Einstiegslohne längst weitaus höher als der vor der Verabschiedung stehende Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde. Wo der Abstand aber geringer ist, werden die Gewerkschaften in den kommenden Jahren versuchen, für die unteren Entgeltgruppen überdurchschnittliche Lohnsteigerungen durchzusetzen.

Ein Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde entspricht bei einer 40-Stunden-Woche einem Monatsgehalt von 1.472 Euro. In den meisten Branchen liegen die tariflichen Einstiegslohne indes deutlich über dieser gesetzlichen Lohnuntergrenze (Tabelle).

In der chemischen Industrie beispielsweise steigt ein Ungelernter mit einem monatlichen Grundgehalt – ohne Urlaubsgeld und Sonderzahlungen – von 2.015 Euro ein, im Bankgewerbe mit 2.035 Euro und in der Metall- und Elektro-Industrie mit 2.112 Euro. Auch im Baugewerbe, in der Textilindustrie oder in der papierverarbeitenden Industrie wird einem Einsteiger wesentlich mehr gezahlt, als der Staat in Zukunft vorschreibt.

Anders sieht es in vielen Dienstleistungsbranchen und im Handwerk aus.

**Selbst im öffentlichen Dienst lag der tarifliche Einstiegslohn vor der jüngsten Tarifrunde mit 1.542 Euro nur 70 Euro über dem gesetzlichen Minimum.**

Das war für ver.di Anlass genug, in den unteren Entgeltgruppen auf eine überdurchschnittliche Erhö-

hung des Lohns zu pochen (vgl. iwd 15/2014).

Im Gastgewerbe oder in der Arbeitnehmerüberlassung liegen die Einstiegslohne sogar unter der Mindestlohnschwelle. Dieses Bild ändert sich zum Teil, wenn die unterschiedlichen Wochenarbeitszeiten – in der Arbeitnehmerüberlassung sind es nicht 40, sondern 35 Stunden – in die Berechnung einfließen. Dann wird der Mindeststundenlohn derzeit nur im Osten unterschritten. Dort werden 7,86 Euro je Stunde gezahlt. Vorgesehen ist aber, dieses Entgelt stufenweise anzuheben, so dass ab Juni 2016 ein Stundenlohn von 8,50 Euro gilt.

Auch das Handwerk steht unter Druck. Der bundesweite Mindestlohn-Tarifvertrag des Friseurhandwerks sieht aktuell ein Monatsgrundgehalt von 1.283 Euro vor. Der Stundenlohn liegt bei 7,50 Euro in Westdeutschland und bei 6,50 Euro im Osten. Einem Stufenplan zufolge soll es ab dem 1. August 2015 einen Stundenlohn von 8,50 Euro geben. In der Fleischindustrie wird ab 1. Juli 2014 ein tariflicher Mindestlohn von 7,75 Euro gelten, der ebenfalls in Stufen erhöht wird. Ab Oktober 2015 überschreitet der vorgesehene Stundenlohn mit 8,60 Euro dann das gesetzliche Minimum.

Bislang ist im geplanten Mindestlohngesetz nicht geregelt, ob Unternehmen niedrigere als dem Mindestlohn entsprechende Grundgehälter zahlen dürfen, wenn noch tarifliche Extras wie das Urlaubsgeld oder die Jahressonderzahlung hinzukommen. Die vorliegenden Stufenpläne zeigen aber, dass die Tarifparteien den

## Tarifliche Einstiegslohne

Monatsverdienste in der jeweils untersten Tariflohngruppe in Euro

Produzierendes Gewerbe	
Metall- und Elektro-Industrie (NRW)	2.112
Chemische Industrie (Nordrhein)	2.015
Baugewerbe (West)	1.923
Baugewerbe (Ost)	1.819
Textilindustrie (Nordrhein)	Lohn 1.777 Gehalt 1.694
Papierverarbeitende Industrie (Nordrhein)	Lohn 1.578 Gehalt 1.777
Dienstleistungen	
Bankgewerbe	2.035
Einzelhandel (NRW)	Lohn 1.794 Gehalt 1.456
Öffentlicher Dienst (Kommunen)	1.632
Gastgewerbe (NRW)	1.437
Arbeitnehmerüberlassung (West)	1.289
Arbeitnehmerüberlassung (Ost)	1.193
Handwerk	
Gebäudereinigerhandwerk (West)	1.572
Gebäudereinigerhandwerk (Ost)	1.345
Friseurhandwerk	1.283

Stand: 1. April 2014  
 Ursprungsdaten:  
 NRW-Tarifregister, WSI-Tarifarchiv, IW-Tarifdatenbank

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW-Medien - iwd 17

Grundlohn schrittweise an das gesetzliche Minimum anpassen.

Eine Auswertung von 4.750 Vergütungsgruppen aus 40 Wirtschaftszweigen durch die Hans-Böckler-Stiftung ergab, dass Ende 2013 noch 475 Vergütungsgruppen Stundenlöhne von weniger als 8,50 Euro vorsahen. In den kommenden Jahren werden die Gewerkschaften daher gezielt darauf hinarbeiten, dass die unteren Entgeltgruppen überdurchschnittlich angehoben werden. Dadurch wird einfache Arbeit deutlich teurer.

# Wenn Wissen wandert

**Braindrain.** Auch wenn immer mehr Hochqualifizierte ins Ausland abwandern, heißt das nicht zwangsläufig, dass Deutschland zum Verlierer im Wettbewerb um Talente wird. Denn umgekehrt kommen auch zunehmend hervorragend ausgebildete Ausländer in die Bundesrepublik.

Droht Deutschland der Brain-drain, der Verlust der klügsten Köpfe ans Ausland? Zu diesem Schluss kam Anfang des Jahres zumindest die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI), als sie konstatierte, dass „Deutschland zu viele seiner Spitzenforscher verliert“. Der EFI zufolge sind zwischen 1996 und 2011 circa 4.000 Wissenschaftler mehr ins Ausland gegangen, als nach Deutschland gekommen sind.

Der Zeitraum, den die Expertenkommission betrachtet hat, ist allerdings sehr lang. So hat Deutschland zwischenzeitlich als Forschungsstandort an Attraktivität gewonnen,

## Ausländische Forscher



wie ein Blick auf die zugewanderten Wissenschaftler zeigt (Grafik):

**Die Zahl der von deutschen Organisationen geförderten ausländischen Wissenschaftler in der Bundesrepublik hat sich innerhalb von zwölf Jahren fast verdreifacht.**

Ob es hierzulande nun tatsächlich einen Braindrain gibt, ist nicht ganz einfach zu beantworten. Zwar existiert in Deutschland eine detaillierte Wanderungsstatistik – allerdings enthält sie keinerlei Hinweise auf die Qualifikationen der Auswanderer, denn die deutschen Meldeämter erfassen keine Bildungsabschlüsse.

Wer herausbekommen möchte, welchen Bildungsgrad Auswanderer haben, kann – wie die EFI – einen Blick auf die Qualifikationsstruktur der deutschen Zuwanderer in den Zielländern werfen. Solche Analysen sind allerdings mit großen Unsicherheiten behaftet, da die Erhebungsverfahren in den Zielländern uneinheitlich sind.

**Verlässliche Angaben über den Umfang der hochqualifizierten Auswanderer sind deshalb nicht möglich.**

Etwas besser ist die Datenlage für einzelne Berufsgruppen. Rund 24.000 in Deutschland ausgebildete Mediziner waren 2010 im Ausland aktiv, während hierzulande mindestens 31.000 Ärzte praktizierten, die im Ausland ausgebildet wurden (vgl. iwD 40/2013). Gegengerechnet hat Deutschland also Ärzte gewonnen.

Auch gesamtwirtschaftlich deutet vieles darauf hin, dass Deutschland kein Braindrain droht. Zum einen steigen die Zuwandererzahlen seit einigen Jahren erheblich an. Zum anderen kommen im Schnitt immer mehr gut qualifizierte Menschen: Lag der Anteil der Akademiker an den in den vorangegangenen zehn Jahren Zugewanderten im Jahr 2000 noch bei 16 Prozent, so waren es 2011 bereits 29 Prozent.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

**Redaktionsassistenz:** Ines Pelzer

**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen

**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iwD@iwkoeln.de

**Bezugspreis:** € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

**Aboservice:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

**IW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.